

## **Direkte statt repräsentative Demokratie**

**Veröffentlicht in: „Geh mit Gott, du Land der Bayern – Ungeschminkte Ansichten des Freistaates“ (Sammelband 1991)**

*München, Maximilianeum, kleiner Sitzungssaal.* Weithin unbeachtet von der Öffentlichkeit ackern sich unsere Abgeordnete in Ausschußsitzungen durch eine spröde Materie. Es geht es um ..., und unsere Landtagsabgeordnete verstehen oft nur Bahnhof. Lesepausen für ein besseres Verständnis der Vorlagen werden beantragt und genehmigt, und oft muß ihnen ein Fachmann der Verwaltung erklären, um was es eigentlich geht. Das Volk, das von der Empore zuschauen darf, ist nur spärlich vertreten. Die Journalistinnen scheinen sich zu langweilen. nicht schlagzeilenträchtige Tagesordnungspunkte überbrücken sie mit privaten Gesprächen.

Plädoyer gegen die Demokratie und für mehr Verwaltungskompetenz? Ganz im Gegenteil! Das Volk, von dem ja eigentlich alle Macht ausgehen soll, ist im politischen Alltag Zuschauer. Die wenigen Bürgerinnen auf der Empore sind meist unmittelbar betroffen: es geht um den Umbau ihrer Straße, um eine Industrieansiedlung in ihrer Nachbarschaft, um ihre Schule etc. Mit Spannung fiebern sie „ihrem“ Tagesordnungspunkt entgegen: wochen- und monatelang haben sie sich in die Materie eingearbeitet, die Verwaltung mit Fragen gelöchert, Unterschriften gesammelt und die Ochsentour durch die Parteien gemacht, um für den heutigen Tag eine Mehrheit der Volksvertreterinnen zusammenzubringen.

### **Politik - Off Limits für die Betroffenen**

Endlich ist die Stunde der Wahrheit gekommen, für die die Betroffenen einen halben Tag frei nehmen oder einen Termin schlagen mußten. Doch was passiert? Ein MdL gibt seine Meinung zum besten, bei der die entsetzten Betroffene sich fragen müssen, ob er überhaupt die Vorlage gelesen oder das strittige Objekt mit eigenen Augen gesehen hat. Eine andere Abgeordnete ist etwas besser informiert, plädiert aber für die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung, die die Bürgerinitiative gerade verhindern wollte. Am liebsten würden ihre Mitglieder jetzt aufspringen und ihre Argumente vorbringen. Kurze Stille, der Versammlungsleiter fragt, ob es noch Fragen gibt, dann die Abstimmung - die ganze Arbeit der Bürgerinitiative war umsonst.

Das ist "Demokratie" hier und heute, nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland, nicht nur in der Landes-, sondern auch in Kommunal- und Bundespolitik. Das Volk, von dem alle Macht ausgehen soll, ist in Wirklichkeit ohnmächtig und entmündigt. Alle Macht hat es abgegeben müssen an seine Stellvertreter und Repräsentanten, die auf seine Kosten ein kontraproduktives und luxuriöses Eigenleben entfalten. Ausgestattet mit der Blankovollmacht des Wählers, können die Parteien nach eigenem Gutdünken schalten und walten, obwohl die Parteien laut Grundgesetz die Politik nicht bestimmen, sondern lediglich an der politischen Willensbildung mitwirken sollen.

So frei schwebend und nur ihrem Gewissen verpflichtet, wie es die Verfassung gebietet, sind unsere Volksvertreterinnen freilich nicht. Nicht ohne Grund ist ihr Image beim Volk fast so schlecht wie das der Versicherungs- und anderer Vertreter. Je wohlklingender ihre Sprüche, desto mehr Mißtrauen ist angesagt, denn letztendlich zahlt der Kunde die Zeche oder wie es in einem französischem Sprichwort so schön heißt: „Jeder Schmeichler lebt auf Kosten seines Zuhörers“. Ein unschönes Beispiel von vielen war die Steuerlüge "unseres", Kanzlers bei der letzten Bundestagswahl. Hat ein Vertreter erst einmal die Stimme oder Unterschrift in der Tasche, dann ist damit der tiefe Fall des Kunden vom König zum Bittsteller besiegelt.

Ein Vertreter vertritt bekanntlich immer seine Firma, auch wenn noch so wortreich nur das Wohl seines Kunden zu vertreten beteuert. Allerdings ist der Auftraggeber des Volksvertreters nicht so leicht zu erkennen wie der des Versicherungsververtreters. Im für den Wähler noch am günstigsten Fall vertritt der Volksvertreter sein eigenes Interesse. Schließlich ist das Gehalt eines Volksrepräsentanten incl. der mit diesem Amt verbundenen Selbstbestätigung nicht zu verachten. Oft bleibt es dabei aber nicht. Zu verlockend sind die sich mit einem solchen Job neu eröffnenden Verdienstquellen: Beraterverträge und Aufsichtsratsposten sind noch harmlose Varianten.

Wer je nach politischer Ebene über Hunderttausende bis Milliarden Mark entscheidet, ohne sich Hunderten bis Millionen Wählern direkt verantworten zu müssen, ist ein lohnendes Objekt für Wirtschaftsinteressen. Wozu Millionen in höhere Produktqualität oder aufwendige Werbekampagnen investieren, wenn „Einladungen“ oder „Geschenke“ an Berufspolitiker die gleiche Wirkung haben?

### **Der Filz und seine Geheimnisse**

Der Filz aus Parteien, Verwaltung und dem etabliertem Interessen von berufständigen Organisationen, Firmen und Konzernen aller Art überzieht und durchdringt das gesellschaftliche Leben wie eine tausendköpfige Hydra, und auch Robin Hood als Kanzler könnte gar nicht so viele Köpfe abschlagen, wie ständig wieder nachwachsen. Ein Beispiel dafür ist die Postenvergabe in der öffentlichen Verwaltung, bei der ein bestimmtes Parteibuch oft wichtiger ist als eine überdurchschnittliche Befähigung.

Nicht jeder Volksvertreter ist bestechlich, und nicht jede Partei ist ein Karriereförderverein. Solange es Parteien gibt, so lange beteuern Politiker ihre lauterer Gewissen. Das mag vor allem bei kleinen Parteien noch zutreffen, die sich noch nicht zu den Fleischtöpfen der Macht vorgearbeitet haben. Sobald sie diese aber erreicht haben, ist es mit der Abstinenz vorbei. "Im Dunkeln ist gut munkeln", das gilt auch für die geschlossene Gesellschaft der politischen Entscheidungsträger und ihrem diffusen Lobbyisten-Umfeld. Der Wähler steht dann vor dieser "Black Box" und wundert sich, wie es möglich ist, daß das Output politischer Entscheidungen ganz anders aussieht als sein Stimmen-Input.

Diese geradezu teuflische Eigendynamik der Politik mußten auch diejenigen schmerzlich erkennen, die angetreten waren, alles ganz anders zu machen. Die Rede ist von der "Antipartei" der GRÜNEN. Was hatte man sich doch alles ausgedacht: Basisdemokratie, imperatives Mandat und das Rotationsprinzip. All diese schönen Ideen verschwanden auf Nimmerwiedersehen in der Black Box des politischen Systems, und heraus kam eine Partei wie jede andere.

Was kann uns dieses Beispiel lehren? Die undemokratische Tendenz der Politik liegt an ihrem System, nicht an den Politikern. Auch diese sind nur Menschen und daher fehlerhaft. Da Politiker ohne Fehl und Tadel auch mit Gentechnologie wohl nicht erzeugt werden können und in der politischen Praxis nur in Spurenelementen vorkommen, bleibt als Alternative nur eine radikale Änderung des politischen Systems.

### **Ändert das politische System!**

Direkte statt repräsentative Demokratie, so lautet die Formel für eine politische Reform, die diesen Namen wirklich verdient. Das Volk soll ohne Stellvertreter direkt entscheiden - nur so kann sichergestellt werden, daß sein politischer Wille sich ausbilden und verwirklichen kann. Daß er vom Volk ausgeht, ist in der repräsentativen bzw. stellvertretenden Politik gar nicht möglich. Was das Volk will, ist nicht die SPD oder CDU oder eine andere Partei, sondern z.B. die Nutzung oder das Verbot von Kernenergie, mehr oder weniger Autobahnen, eine Rentenreform oder keine etc. Schließlich ist es ja immer in irgendeiner Form von diesen Fragen betroffen und will sich daher nicht nur eine Meinung bilden, sondern diese auch durchsetzen.

## **Politische Reife und wie sie wachsen kann**

Die unpolitische Grundhaltung weiter Bevölkerungskreise ist angesichts ihrer realen Ohnmacht kein Wunder. Daß man ja doch nichts ändern könne, diese Meinung ist zwar übertrieben, aber im Kern richtig. Bürgerinitiativen können ein Lied davon singen, wie schwer gegenüber der Konkurrenz alteingesessener und finanzstarker Organisationen die Aufmerksamkeit und letztendlich die Unterstützung von Politikern zu erringen ist. Doch damit nicht genug - wer beides schon in der Tasche zu haben glaubte, mußte oft nach der Wahl entsetzt feststellen, daß eine andere Lobby offenbar die besseren Karten hatte.

Daß die Bevölkerung noch nicht reif für das System der direkten Demokratie sei, diese Behauptung wird vor allem von denen ins Feld geführt, die nach einer solchen Reform nichts mehr zu bestimmen hätten, und das sind praktisch alle Politiker und außerdem noch viele ebenso mächtigen wie unsichtbaren Wirtschaftsinteressen. Schon heute sind nennenswerte Teile der Bevölkerung so „reif“, dass sie sie trotz dieser Widerstände sich zur Durchsetzung ihrer Interessen zusammenschließen, sich sachkundig machen und große zeitliche und finanziellen Belastungen für ihr Anliegen in Kauf nehmen.

Politische Reife entsteht nur in der Praxis. Die beste Motivation für einen solchen Reifeprozess ist die Tatsache, daß die Bürger ihre Sachentscheidungen selber ausbaden müssen. Wenn sich eine Mehrheit der Bevölkerung für die Kürzung der Sozialausgaben ausspricht, bekommt sie die Konsequenz sozialer Unruhen unmittelbar zu spüren. Nach einer Entscheidung für die Todesstrafe wird die Bevölkerung merken, daß ihr Leben nicht sicherer wird, und das Bekanntwerden von nicht wieder gutzumachenden Justizirrtümern wird sie überzeugen, daß diese Entscheidung nicht richtig war und korrigiert werden muß. Im übrigen ist die Bevölkerung oft schon fortschrittlicher und vernünftiger als die Politiker, die mit dem "Argument" reaktionärer Tendenzen ihre angebliche Unersetzlichkeit suggerieren wollen. Dies zeigen u.a. Umfragen über bestimmte Maßnahmen zum Umweltschutz, die von der Bevölkerung mehrheitlich gefordert und von den Politikern mehrheitlich abgelehnt werden. .

Auch grundlegende Reformen sind in der Verantwortung der Bevölkerung oft besser aufgehoben als bei den ach so verantwortlichen Politprofis. So würde eine Geld- und Bodenreform für alle Besitzer von weniger als [und 350.000 DM Kapitalvermögen (etwa 85% der Bevölkerung) eine Verbesserung mit sich bringen. Die politische Führungsschicht hat an einer solchen Reform allerdings kein großes Interesse - nicht nur, weil ihr Vermögen meist über dieser Grenze liegt, sondern auch, weil nach einer solchen Reform ihre zusätzliche Einnahmequellen nicht mehr so reichlich sprudeln würden wie bisher.

## **Marktplatz-Demokratie?**

Ein weiterer Einwand ist Frage der Durchführung der direkten Demokratie. „Soll sich in einer großen Industriegesellschaft jedes Mal die ganze Bevölkerung auf dem Marktplatz versammeln wie im alten Athen oder in einigen schweizer Bergtälern?“ - so lautet die etwas provozierende Frage, die die Undurchführbarkeit der direkten Demokratie suggerieren soll. Etwas abgeschwächt wird dieser Vorwurf, wenn der große Arbeits- und Zeitaufwand, den Volksabstimmungen für Wahlbehörden und Wähler bedeuten, gegen diese Form der direkten Demokratie ins Feld geführt wird. Wenn alle bisher von Politikern getroffenen Entscheidungen stattdessen der wahlberechtigten Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt würden, dann müßte diese mindestens einmal pro Tag zur Abstimmung schreiten, um den Entscheidungsbedarf von Stadtteilen, Kommunen, Bezirken, Ländern, Nationen, in Europa und letztendlich auch in der UNO befriedigen zu können.

## **Direkte Demokratie - eine Utopie?**

Fast könnte es so scheinen, doch wie so oft, trügt auch hier der Schein: Der Zeit- und Arbeitsaufwand für Wahlen kann schließlich in unserer modernen Informationsgesellschaft etwas eleganter und rationeller gelöst werden als

im alten Athen. Nicht mehr bis zum nächsten Marktplatz, sondern nur ins eigene Gemeinde- oder Stadtteilzentrum muß der Wähler sich bequemen, um in neu zu bauenden Wahl- und Infozentren seine Stimme abgeben zu können. Bei Verkehrsberuhigungsmaßnahmen entstehende Freiflächen können mit 3050 qm kleinen Gebäuden bebaut werden, denen ein bis zwei Wahl- und Informationshelfer bei der Beschaffung der Sachinformationen und bei der Wahl behilflich sind.

Dank EDV oder gedrucktem Informationsmaterial kann sich der Wähler schnell und umfassend über die in Frage stehenden Thematik informieren, bevor er seinen Wahlzettel abgibt. An einem kleinen Beispiel soll dieser Vorgang kurz erläutert werden.

### **Direkte Demokratie in der Praxis**

Als Gerda Müller aus dem Gemüseladen herauskommt, sieht sie das grüne Licht für eine freie Wahlkabine über dem Wahlpavillon auf der anderen Straßenseite leuchten. „Richtig, wählen könnte ich ja mal wieder“, denkt sie und begibt sich in die gerade frei gewordene Wahlkabine. Das Öffnen der Tür läßt bei Wahlhelfer Bernd Petzold ein leises Signal ertönen, er überzeugt sich, daß nur eine Person eingetreten ist, wie es das Wahlgesetz zur Vermeidung von Wählermanipulation vorschreibt. Ein Antippen des dunkelgrünen Feldes auf dem hochauflösendem Großbildschirm und das Wahlmenü für den Stadtteil erscheint - genauer gesagt, es sind mehrere Symbole neben dem ein Foto des zur Abstimmung stehenden Projekts und die Überschriften zu sehen sind. Als erstes sticht ihr der geplante Schulgarten für die Bartholomäusschule ins Auge. Sie wählt dieses Feld und ein neues Menü erscheint. Nähere Informationen braucht sie aber nicht mehr, weil ihre Tochter in diese Schule geht um sie sich über alle Einzelheiten schon informiert hat.

So wählt sie das Testmenü, das der eigentlichen Abstimmung vorgeschaltet ist, um nur diejenigen zur Wahl zuzulassen, betroffen sind und die wissen, um was es geht. Der Schwierigkeitsgrad der Fragen ist so niedrig angesetzt, da sie auch von der einfachen Bevölkerung gelöst werden können. Die erste Frage lautet: Auf welchem Gelände so nach dem Willen des Elternbeirats der Garten angelegt werden? a) auf einem Teil des Abenteuerspielplatzes zwischen Schulhof und dem Uferweg c) auf dem Parkplatz westlich der Schule. "Lächerlich", denkt sie und kreuzt c) an. In zwei Minuten hat sie den Test bestanden und kann jetzt endlich ihre Lieblingsvariante wählen, den Öko-Garten mit großen Teich auf dem Gelände des Parkplatzes.

Auf diese Art entscheidet sie sich für die Erhöhung der Münchener Sozialhilfe um 5%, die Verlängerung der S-Bahn von Dachau nach Altomünster, die Senkung des Regionaletats nach den Vorstellungen der FOP, die Förderung von Senioren-Wohngemeinschaften auf Landesebene nach der norwegischen Modell. Die progressive Steigerung der Mineralölsteuern, wie sie vom Bund Naturschutz vorgeschlagen wurde, leuchtet ihr noch nicht ganz ein. Schließlich kostet der Liter Benzin schon jetzt 3.50 DM. Sie schaut sich also das 2-Minuten-Video des Antragsstellers an, studiert die Gegenargumente des ADAC und der CSU, läßt sich die prognostizierten Steuermehreinnahmen der nächsten Jahre grafisch darstellen und informiert sich über die dadurch möglichen Steuerminderungen der Lohnsteuer. Nach einer Viertelstunde weiß sie mehr als genug, um den Wissenstest zu bestehen und diesem Vorschlag doch zuzustimmen.

Bei den monatlichen Abstimmungen der EG angekommen, bemerkt Gerda Müller, daß sie ganz die Zeit vergessen hat und dringend nach Hause muß. Heute Abend wird sie sich weiter durch die Materie arbeiten und morgen weiter abstimmen. Schließlich ist es immer so schön spannend, wenn am Monatsende die Abstimmungsergebnisse verkündet werden, an denen sie einen, wenn auch kleinen Anteil hatte.

### **"Nicht jede(r) kann alles wissen"**

Zurück zur Theorie der direkten Demokratie. Wie soll denn ein Normalbürger über den Sicherheitsstandard bei der Herstellung von redundanten Paraffinölen der TA Luft oder die Reform des 116a Absatz 3 des Gesetzes zur Rentenanpassung von Unfallopfern der Kategorie B Bescheid wissen, um nur einige (konstruierte) Beispiele zu

nennen. Wie soll das ein normaler Abgeordneter, lautet die Gegenfrage.

Zwar kann er in den meisten Fällen auf die Hilfe der wissenschaftlichen Mitarbeiter seiner Fraktion zählen, ob er und seine Partei sich nach ihren Empfehlungen richten, steht in den Sternen - schließlich finden politische Entscheidungen nicht im luftleeren Raum, sondern sind in das dynamische Kraftfeld der verschiedensten Interessengruppen eingespannt. Mit diesem Gezerre hinter den Kulissen ist es nach Einführung der direkten Demokratie endgültig vorbei: Wer seine Interessen durchsetzen will, muß sich dem hellen Licht einer kritischen Öffentlichkeit stellen.

Auch bei den ausgefallensten Themen gibt es immer Menschen, die von den anstehenden Entscheidungen betroffen sind. In unserem Beispiel sind es die Besitzer und Arbeiter in den Paraffinöl-Werken sowie die Unfallopfer der Kategorie. B. Bei einer entsprechenden Akzeptanz der direkten Demokratie ist eine Mindestwahlbeteiligung von 50% der jeweils Betroffenen anzustreben. Eine solche Wahl ist daher wesentlich demokratischer als die Entscheidung einer Handvoll Abgeordneter in einem Ausschuss, der in den meisten Fällen keine demokratische Kontrolle fürchten muß.

### **Nur für Rentner und Arbeitslose?**

"Das ist ja alles ganz schön, aber woher soll ich die Zeit nehmen, um auch noch Abgeordneter zu spielen. Das überlasse ich doch lieber den Berufspolitikern", so oder ähnlich lautet der Stoßseufzer der von einem vollen Terminkalender getriebenen Zeitgenossen. Dieser berechtigter Einwand läßt sich nicht ohne weiteres aus der Welt schaffen. Direkte Demokratie braucht auch eine radikale Senkung der durchschnittlichen Arbeitszeit - mit anderen Worten eine Geld- und Bodenreform, die eine 25-StundenWoche ohne Einkommensminderung möglich macht.

### **Wer bestimmt, über was abgestimmt wird?**

Der letzte mögliche Einwand betrifft die Frage, wer bestimmen soll, über was abgestimmt wird. Der Entscheidungsbedarf ist in jedem Fall gegeben: Ständig gibt es Einzelpersonen oder auch Gruppen, die nach Veränderungen rufen. Das Prinzip "Alles fließt" gilt auch und gerade in der Politik, so daß es nicht darum gehen wird, sich irgendwelche Fragen auszudenken, damit das Volk wieder abstimmen kann, sondern umgekehrt darum, aus der Vielzahl der Anträge diejenigen herauszufiltern, die wirklich abstimmungsrelevant sind.

Stellen wir uns doch einmal vor: eine Interessengruppe stellt dauernd fast gleich lautende Anträge in der Hoffnung, daß sie durch das schwindendem Interesse der Wähler irgendwann doch ihre Forderungen durchbringt. Eine solche Taktik ist keineswegs unrealistisch, schließlich sind Menschen eben menschlich und daher im Prinzip für jede Schandtat zu haben, wenn es keine Konsequenzen zur Folge hat.

Einem solchen Mißbrauch der Demokratie muß daher ein Riegel vorgeschoben werden: Zunächst einmal versuchen alle von einer Entscheidung Betroffenen auf der untersten Ebene (i.d. Regel die Gemeinden) in einer Kommission, sich über die zur Abstimmung stehenden Formulierungen sowie über die Fragen zum Wissenstest zu einigen. Gelingt dies nicht, so wird diese Aufgabe an eine Schiedskommission überwiesen, deren Unabhängigkeit ähnlich wie bei Richtern gewährleistet ist. Wie im Rechtswesen, so kann auch hier eine Klage in eine höhere Distanz gehen. Auf diese Weise wird der anstehende Entscheidungsbedarf auf ein vom Volk überschaubares und zu bewältigendes Maß beschränkt. Eine kritische Öffentlichkeit tut ein Übriges, daß die Demokratie auch wirklich diesen Namen verdient.

### **Politische Verantwortung - Last oder Lust?**

Kommen wir zum Abschluß auf die Folgen der direkten Demokratie für die politische Kultur zu sprechen. Bis jetzt tragen ja unsere Volksvertreter schwer an der Bürde der Verantwortung für das Gemeinwesen, so schwer, daß

sie jeden Augenblick unter dieser Last zusammenbrechen können - so klagen sie jedenfalls. Verständlich, hat doch nicht jede(r) Abgeordnete(r) die Statur und Kondition eines Atlas, auf dessen Schultern im Altertum das Universum ruhte. Da ist es doch ganz sinnvoll, wenn diese Last auf die Schultern des ganzen Volkes verteilt würde.

In Wirklichkeit ist Verantwortung und Macht nicht nur Last, sondern auch Lust - in jedem Fall ein Stimulanz zur Weiterbildung und Erweiterung des geistigen Horizonts. Die direkte Demokratie wird die Volksbildung in einem Maße heben, das heute noch unvorstellbar ist. Erinnern wir s an den Golfkrieg. Auch wenn wir damals nicht das geringste mit zu entscheiden hatten, so saugten wir doch alle erreichbare Information aus den Fernsehkanälen und Zeitungen - wir waren betroffen, obwohl die Granaten in 4000 km Entfernung einschlugen. Wie viel größer noch wäre unser Interesse, wenn wir selbst als Weltbürger über Sanktionen gegen den Diktator zu beschließen hätten und nicht nur die 5 Mitglieder des Weltsicherheitsrates. Der mündige Staatsbürger ist keine Utopie, er schlummert in jedem von uns.

Demokratie heißt zu deutsch "Herrschaft des Volkes", nicht "Herrschaft der Parteien". In einer direkten Demokratie bestimmt das Volk selbst über seine Angelegenheiten – die Mehrheit herrscht über die Minderheit, wobei sich die politische Reife des Volkes im Umgang der Mehrheit mit der Minderheit zeigt. Nebenbei bemerkt: Herrschaft ist der treffende Ausdruck für die männliche, patriarchalische Form des Umgang von Menschen mit Menschen. Mit Erringung der Volksherrschaft hört die Emanzipation also nicht auf. Das Ziel ist die abgebaute Herrschaft, die „Volkskommunikation“.

### **Direkte Demokratie in Bayern**

Versetzen wir uns zum Schluß in ein Nürnberg, in dem die direkte Demokratie schon zum Alltag gehört. Der unbefangene Zuschauer könnte meinen, es habe sich nichts geändert. Noch immer finden Ausschußsitzungen im Maximilianeum statt, bei denen Bürger, Parteien und die Medien vertreten sind. Erst bei näherem Hinsehen erkennen wir den kleinen Unterschied: Um den hufeisenförmigen Tisch sitzen SprecherInnen und Delegierte von Bürgerinitiativen, Vereinen und Interessenverbänden und auch Parteien sowie einige Einzelpersonen, die bei den zur Diskussion stehenden Punkten Anträge oder Kritik formuliert haben.

Obwohl über nichts entschieden wird, ist das Interesse der Medien viel größer als früher. Der Sitzungssaal gleicht einem Fernsehstudio, überall Lampen, Kabel und Mikrofone. Anwesend sind die drei Fernsehsender acht Radiosender, zehn Tageszeitungen sowie etliche Magazine - die meisten werden von einen Interessenverband oder einer Partei herausgegeben, vier sind unabhängig, wobei der monatlich erscheinende Nürnberg-Diskurs und die Stadtratte die größte Auflage (rund 50.000) hat, während der Plärrer und Prinz mit einer Auflage von 500 nur noch von wenigen Alt-Yuppies gelesen wird. Nur 25 Bürgerinnen sind real anwesend - rund 85.000 verfolgen laut einer Umfrage die Sitzung entweder life am Fernseher oder Radio, als Ausschnitt in den Lokalnachrichten oder als Mitschnitt auf Video. Wer Verantwortung hat, muß sich schließlich informieren.

Der Weg dorthin kann durchaus über die bayerische Verfassung erfolgen. Als erster Schritt ist hier der Volksentscheid verankert. Welche Wirkungen die bloße Möglichkeit eines Volksentscheids haben kann, zeigt die Abstimmung über "Das bessere Müllkonzept" vom 17. Februar 1991. Nachdem das Bayerische Innenministerium den Antrag auf ein Volksbegehren zurückgewiesen hatte, klagten die Initiatoren erfolgreich beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof. Erst jetzt wachen die Parteien auf: CSU und SPD waren plötzlich gesprächsbereit und paulten in wenigen Wochen ein neues Abfallwirtschaftsgesetz durch den Landtag, die SPD sprang sogar in letzter Minute noch auf den Zug des "Besseren Müllkonzepts".

Mit diesen Möglichkeiten ist es jedoch nicht getan - per Volksentscheid muß die "Direkte Demokratie" folgen.